



Militärbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,30 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugspreis monatlich 1,50 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 30 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank & Co., Wildbad; Bismarck-Gewerbank Filiale Wildbad. — Postfachkonto 29174 Stuttgart. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile über deren Raum im Beleg-Standardpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Retikulation 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstuferteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 118

Gericht 479

Dienstag, den 24. Mai 1932

Gericht 479

67. Jahrgang.

Die neuen Steuern

Der so lange über der neuesten Notverordnung gelagerte Schleier ist gelüftet. Das entschleierte Bild von Berlin hat aber in der deutschen Presse, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Gefühl des Grauens hervorgebracht. 620 Millionen neue oder verlängerte Steuern, das ist für den Geldbeutel und die Nerven doch eine gewagte Belastung. Gewiß, die Krise ist nicht mit einer einmaligen Anstrengung, und sei sie noch so groß, zu überwinden. Man muß diesen Dingen hart auf hart ins Auge sehen. War e aber notwendig, die Steuerschraube in solcher Schärfe anzuziehen, ohne doch vorher die längst geforderten organisatorischen Maßnahmen zur Behebung der Krise versucht wurden? In weiten Kreisen herrscht die Ueberzeugung, daß die Dreiteilung der Erwerbslosenfürsorge in Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und gemeindliche Wohlfahrts Hilfe beseitigt werden müsse. Hier soll alles beim alten bleiben. Nur die Dauer der Arbeitslosenversicherung wird auf Kosten der Krisenfürsorge verlängert.

Unzweifelhaft fehlt im Reichshaushalt ein erheblicher Betrag und liegt auch ein enormer Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere bei den Verbrauchssteuern vor. Wenn aber diese Rückgänge weiterhin mittels der Steuerschraube bekämpft werden sollen, so kann die Schraube schließlich in schwindelerregendem Tempo laufen, ohne jedoch die Schwächung der Steuerkraft einzuholen; der Abstand dürfte sich im Gegenteil immer mehr vergrößern. In Kürze werden wir den gleichen Zustand wie gegenwärtig wieder haben, da die Reichseinnahmen dauernd und in zunehmendem Maß sinken. Und was dann? In welche Lage die deutsche Wirtschaft kommen muß, läßt sich unschwer denken.

Vor den Preußenwahlen wurde aufs bestimmteste versichert, es werde nicht an Ausdehnung der Krisensteuer auf die Beamten, nicht an Gehaltskürzung, nicht an Erhöhung der Einkommensteuer gedacht. Dem Buchstaben nach ist dieses Versprechen auch gehalten worden. Aber was ist die neue „Beschäftigten-Steuer“ von 1 1/2 Prozent auf die Einkommen von über 300 Mark monatlich (Ertrag 325 Mill. Mark jährlich) praktisch anderes als eine Gehaltskürzung der Beamten und eine empfindliche Einkommensteuervermehrung der Privatangestellten usw.? Der Name tut nichts zur Sache. Der Privatangestellte, der nicht zwangsweise in der Angestelltenversicherung ist, bekommt, wenn er arbeitslos wird, nichts. Dafür darf er noch Krisensteuer bezahlen. Die Beschäftigtensteuer ist, wenn man die Kirchensteuer einrechnet, die fünfte bzw. sechste unmittelbare Einkommensteuer, die ihm auferlegt wird: Einkommensteuer, gegebenenfalls Zuschläge zur Einkommensteuer, Kirchensteuer, Bürgersteuer, Krisensteuer und Beschäftigtensteuer. Das ist allerhand. Einer späteren Zeit wird es vielleicht sonderbar erscheinen, daß man, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, eine Steuer auf die Beschäftigung legt.

Aber auch a u ß e n p o l i t i s c h erscheint die neue Steuerbelastung nicht unbedenklich. In dem bekannten Bericht des Engländers Layton vom August 1931 wurde auf Grund der zahlenmäßigen Belege der deutschen Reichsvertreter in der Konferenz der VÖZ in Basel anerkannt, daß die äußerste Belastungsgrenze mit Steuern in Deutschland erreicht sei. Jetzt kommen 620 Millionen neue Steuern. Ja wie soll denn da auf der Lausanner Tributkonferenz überzeugend bewiesen werden, daß das deutsche Volk keine Tribute mehr bezahlen könne? Dies scheint nicht das geringste der Bedenken zu sein, die gegen die angekündigte Notverordnung vorgebracht werden müssen. Die Notverordnung ist noch nicht formell abgeschlossen und der Reichspräsident hat sie noch nicht unterzeichnet. Hoffentlich wird sie noch einmal einer genauen Nachprüfung unterzogen, bevor sie in Kraft gesetzt wird.

Die sächsische Industrie gegen die Steuerpläne

Dresden, 23. Mai. Der Verband sächsischer Industrieller wendet sich scharf gegen die Steuerpläne der neuen Notverordnung. Die bisherige Erregung beginne in vollständige Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit umzuschlagen. Bei der Erbitterung, die heute allgemein in der sächsischen Industrie herrsche, würden sich aus einer neuen Steuerbelastung Gefahren für Staat und Wirtschaft ergeben, deren Maß nicht zu übersehen sei.

Sachsen gegen den Einheitsstaat

Dresden, 23. Mai. In einer Versammlung des Verbands sächsischer Finanzbeamten erklärte der Leiter der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schettler, in einer Rede: Die Veruche, das Reich von Grund auf neu aufzubauen, könnten die Existenz des Reichs gefährden. Die Ueberlieferung der Länder, an die Bismarcks Kaiserreich mit seinem Verständnis angeknüpft habe, habe sich im deutschen Volk so tief eingepreßt, daß sie nicht ohne schwerste Erschütterungen beseitigt werden könnte. Was zu bessern sei, das

Tagespiegel

Die württ. Regierung hat die Dornier-Metallobauten Friedrichshafen zur glücklichen Ozeanüberfahrt West-Ost durch Do. X beglückwünscht.

Die Grönlandfahrt des „Graf Zeppelin“ wurde angegeben, da sich nicht genügend Fahrgäste meldeten. Bis zur nächsten Südamerikafahrt (August) sollen kleinere Fahrten in die Schweiz, nach Danzig und Oslo ausgeführt werden.

Der neue bayerische Landtag wurde auf 31. Mai einberufen.

Auf Antrag der nationalsozialistischen und der sozialdemokratischen Fraktion muß der Thüringische Landtag in den nächsten Tagen einberufen werden, um zu den schweren Ausschreitungen der Kommunisten in Waltershausen Stellung zu nehmen.

Das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung der Bremischen Bürgererschaft ist gescheitert. Statt der erforderlichen 52 000 Stimmberechtigten haben sich nur rund 5200 in die Listen eingezeichnet.

Wenigelos erklärte in der Kammer, in Griechenland müsse wie in Deutschland durch Notverordnungen ohne Parlament regiert werden. Es wird von einer Diktatur gesprochen.

Die Kabinettsbildung in Japan wurde dem 74jährigen Admiral Makoto Saito übertragen. Die Führer der Senjukai- und der Minseito-Partei haben ihm ihre Unterstützung zugesagt.

Der bei dem Bombenanschlag bei der japanischen Parade in Schanghai schwerverletzte General Schirokawa ist gestorben.

Bei dem Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich; ein ernster Streit zwischen beiden würde ein nationales Unglück bedeuten. Von den vorgeschlagenen Lösungen sei die beste die von Hugenberg vorgeschlagene Personalunion zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler einerseits und zwischen dem preussischen Staatspräsidenten und dem preussischen Ministerpräsidenten andererseits. Die Zentralisierung in Berlin, die sich seit der Weimarer Verfassung so stark ausgedehnt habe, müsse auf das unentbehrliche Maß eingeschränkt werden. Die allmähliche Ausschaltung des Reichsrats bei den Notverordnungen sei sehr zu bedauern, manche Fehler und Einseitigkeiten der Notverordnungen, wie z. B. das SA-Verbot, hätten sich vermeiden lassen, wenn der Reichsrat, wie es die Verfassung will, mitgewirkt hätte. Auch in Sachsen sei mancher frühere Saulus des Einheitsstaats zum Paulus des Bundesstaats geworden, nachdem man die Folgen dieser Entwicklung zum Einheitsstaat erkannt habe.

Dr. Schettler gehört, wie der frühere Ministerpräsident Binger und der jetzige, Schick, der Deutschen Volkspartei an, die in Sachsen bisher gegen die süddeutschen „Föderalisten“ war.

Hitler-Rundgebung in Oldenburg

Oldenburg, 23. Mai. Auf dem Rennplatz in Oldenburg-Ohrstedt fand am Sonntag eine nationalsozialistische Wahl-rundgebung statt, an der etwa 35 000 Personen teilnahmen.

Gregor Strasser erklärte u. a., Brüning habe immer als Ziel die Sammlung aller Kräfte auf die bevorstehende Reparationskonferenz in Lausanne bezeichnet. An sich sei diese Zielsetzung richtig gewesen, nur sei der Reichskanzler von einem Trugschluß ausgegangen, weil er glaube, daß mit einer Regierung ohne Vertrauen im Volk positive Entscheidungen herbeigeführt werden könnten. Zunächst sei die Führungsfrage in Deutschland zu lösen, dann gelte es, an die Fragen heranzugehen, die durch die schweren Wunden der Tribute, die Arbeitslosigkeit von sechs Millionen hervorgerufen seien. Die außenpolitische Lage sei noch nie so günstig gewesen wie heute im Vergleich zu 1918.

Adolf Hitler selbst führte u. a. aus, das Große des Nationalsozialismus und seiner Entwicklung von 1918 bis heute liege nicht in der Tatsache, daß hinter ihm bis jetzt 13 Millionen Menschen stehen, sondern darin, daß wieder viele Millionen Menschen durch diese Ideen Lebensglauben und Lebenszuversicht erhalten und über alles Trennende hinweg geeinigt würden in dem einen Gedanken, die Kraft der Nation zu stärken. Die Nationalsozialisten kämpfen nicht um einzelne Mandate und um Ministerposten und daher komme es auch, daß ihre Gegner nicht verstehen, wenn sie nach siegreicher Schlacht nicht sofort in eine Koalition hineinstürzen und etwa glücklich seien, ein paar Ministerposten zu besitzen. Sie haben den Kampf aufgenommen, um Deutschland, und zwar Reich, Länder und Gemeinden zu erobern. Dem Nationalsozialismus werde es gelingen, und wenn nicht heute, dann in einem oder in zwei Jahren, alle Deutschen zu erschaffen, die jetzt noch außerhalb von ihm oder als Gegner zu ihm stehen.

Dr. Frimer unterstellt sich Hitler

München, 23. Mai. Der bisherige Führer der stenographischen Heimwehr, Dr. Frimer, hat die Bundesführung des Deutschen Heimatlichkeitsverbandes übernommen. Zu diesem Schritt fühle sich Dr. Frimer, der eigentliche Gründer des Heimatlichkeitsverbandes, wie der „Völkische Beobachter“ berichtet, berufen, da Tausende deutsche Heimatlichkeitskämpfer erkannt hätten, daß die jetzige Bundesführung die Grundzüge des nationalen Heimatlichkeitsgedankens verlassen habe. Er unterstellt sich Adolf Hitler, womit die klare, einheitliche Linie für den Heimatlichkeitsverband ein für allemal gesichert sei.

Die Stresemann-Erinnerungen in Frankreich

Berlin, 23. Mai. Die „Erinnerungen“ Stresemanns, die vor einiger Zeit veröffentlicht wurden, sind nun auch ins Französische überetzt und an eine Pariser Zeitung verkauft worden. Dort haben sie das größte Aufsehen erregt und werden in allen Kreisen gegen Deutschland ausgeschlachtet. Aus diesen „Erinnerungen“ gebe die Hinterlist und Falschheit Deutschlands deutlich hervor, das immer nur trotz aller Friedensbeteuerungen auf Krieg gegen Frankreich sinne. Briand sei von Stresemanns falkischem Spiel getäuscht worden. „Einem solchen Deutschland gegenüber Abrüstungs- und Friedenspolitik zu betreiben, wäre für Frankreich heller Wahnsinn.“ schreibt Oberstleutnant Abg. Fabry, einer der Vertreter Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz. Und er fordert die Abordnungen in Genf auf, sich auf die Vorschläge Lardieux zu einigen. Die Stellen in Stresemanns Buch: „Man muß warten können“, oder „Es wäre toll, heute an einen Krieg gegen Frankreich denken zu wollen“, werden in gehässiger Weise ausgeschlachtet.

Zweifellos zeugen manche Stellen der „Erinnerungen“ von einer Unvorsichtigkeit, die man bei einem Staatsmann nicht erwarten sollte. Aber der böse französische Wille macht, wie übrigens zu erwarten war, aus der Mücke einen Elefanten. Gegen das Auswärtige Amt wird der Vorwurf erhoben, daß es die Auslieferung der „Erinnerungen“ an Paris, die aus reiner Geldmacherei erfolgt ist, unkontrolliert hat geschehen lassen. Denn seit Kriegsende ist keine Veröffentlichung in Frankreich so sehr gegen Deutschland ausgenützt worden, und noch nie war die Atmosphäre zwischen den beiden Ländern so getrübt, wie es seit den Stresemann-Erinnerungen der Fall ist.

Neue Nachrichten

Die Notverordnung erscheint in nächster Woche

Berlin, 23. Mai. Das Reichskabinett hat heute die Beratung der Notverordnung fertiggestellt, die bis Ende dieser Woche fertiggestellt sein soll, damit sie anfangs nächster Woche dem Reichspräsidenten, der bis dahin aus Neudeck zurückgekehrt sein wird, zur Unterschrift vorgelegt werden kann. Am Fronleichnamstag (24. Mai) findet keine Kabinettsitzung statt.

Halbamtlich wird die Meinung eines Berliner Blatts, Reichsernährungsminister Schiele habe sein Rücktrittsgesuch eingereicht, und weiter, General v. Schleicher habe ständlg an den Kabinettsberatungen der vorigen Woche teilgenommen und führend in die Verhandlungen eingegriffen, als eine frei erfundene Darstellung bezeichnet.

Zur Regierungsbildung in Preußen

München, 23. Mai. Im „Völkischen Beobachter“ veröffentlicht Alfred Rosenberg einen an das Zentrum gerichteten Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß in Zentrumskreisen gefordert werde, die Nationalsozialisten „könnten zur Mitverantwortung herangezogen werden“, aber unter keinen Umständen dürfe ihnen „der Staatsapparat ausgeliefert“ werden. Das heiße also, die mehr als zweimal so schwache Zentrumspartei wolle den Nationalsozialisten nicht jene Posten in Preußen einräumen, die sie den internationalen Marxisten übergeben hatte. Das Zentrum werde heute bei Eröffnung des preussischen Landtags für alles verantwortlich. Wollte es alles oder nichts, dann werde einmal der Tag kommen, da ganz legal auch ohne das Zentrum eine Regierung gebildet werden müsse, die dann selbstverständlich auf das Zentrum keinerlei Rücksicht mehr walten zu lassen vermöge.

Keine Hoffnung auf Lausanne

London, 23. Mai. Die englische Presse setzt wenig Hoffnung mehr auf die Tributkonferenz in Lausanne. „Sunday Times“ meint, in Paris sollte man sich doch klar sein,

